

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 82. Sitzung vom 12. Mai zum Thema: **Gesetz über den Sozialen Wohnungsbau in Berlin (Wohnraumgesetz Berlin - WoG Bln)** [Drucksache 16/4065](#)

Andreas Otto (Grüne)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Wir haben einige schlimme Auswüchse der Wohnungsbauförderung des alten Westberliner Systems in den letzten Jahren erlebt. Ich werfe einfach einmal die Frage auf, Herr Kollege Arndt – vielleicht können Sie in der Folge darauf auch antworten –: Was hätte dieses Gesetz den Mieterinnen und Mietern im Fanny-Hensel-Kiez im letzten Jahr – dieser schlimme Vorgang: Kostenmiete, Vertreibung – genützt? – Gar nichts.

[Dr. Michael Arndt (SPD): Doch!]

Überhaupt nichts!

[Dr. Michael Arndt (SPD): Sechs Monate!]

Die wären genauso vertrieben worden, die wären genauso mit der Kostenmiete überzogen worden. Das ist, glaube ich, einer der Denkfehler – böse Zungen sagen: eine der Absichten – dieses Gesetzes.

[Beifall bei den Grünen]

Der soziale Wohnungsbau seit den 70er-Jahren – wir haben neulich einmal gesagt: das System Rietschlager-Landowsky – ist eine ewig währende Geschichte.

[Mario Czaja (CDU): Das ist ja unerhört!]

Es ist vielleicht ein gutes Beispiel für Nachhaltigkeit, nämlich für nachhaltig schlechte Politik zulasten des Landeshaushalts

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der FDP]

und für nachhaltig schlechte Politik zuungunsten von Mieterinnen und Mietern in dieser Stadt, eigentlich ein permanenter Skandal.

Ihr Gesetzentwurf, Frau Senatorin, ist eine Sparvariante, eine geschrumpfte Variante des Referentenentwurfs aus dem vergangenen Jahr. Sie trauen sich nicht einmal mehr, dieses Gesetz hier selbst einzubringen. Ich habe eigentlich erwartet, dass Sie sich hier hinstellen und das Gesetz dem Parlament übergeben, denn es handelt sich um einen Gesetzentwurf, den der Senat verabschiedet hat. Sie tun das nicht. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass Sie selbst festgestellt haben: Da ist nicht viel dran. Damit kann man vor allen Dingen nicht viele Lorbeeren gewinnen.

[Beifall bei den Grünen]

Die ganze Thematik sozialer Wohnungsbau hat zwei Kernprobleme. Das eine betrifft die Bestände, bei denen die Förderung noch läuft oder gelaufen ist. Da sind die Mieten zu hoch. Sie steigen durch den Förderabbau, diese 13 Cent sind hier schon genannt worden. Hier muss man etwas tun. Das zweite Kernproblem lautet: Wie ist es in den Häusern, in denen die Anschlussförderung weggefallen ist, in denen die Vermieter auf die Kostenmiete – das tun etliche – von 13 Euro, 14 Euro oder 15 Euro erhöhen, um die Häuser leer zu machen, um umzuwandeln in Eigentum und die Wohnungen dann zu verkaufen. Jüngst hatten wir diesen Fall in der Kochstraße.

Wir haben uns dazu verschiedene Dinge überlegt. Die haben wir Ihnen auch alle vorgeschlagen. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, eine Umwandlungsverordnung zu machen, Herr Dr. Arndt. Die haben Sie abgelehnt. Sie und die Linkspartei haben das im

Bauausschuss abgelehnt. Sie haben gesagt, das sei unnötig. Wir wollten die Umwandlung steuern,

[Zuruf von Dr. Michael Arndt (SPD)]

wir wollten die Menschen schützen. Wir wollten, dass Dauerwohnen geschützt wird, und dass die Menschen in ihren Wohnungen bleiben können. Das haben Sie abgelehnt.

[Beifall bei den Grünen]

Wir haben vorgeschlagen: Senat, gehe hin und kaufe einzelne Objekte aus den Insolvenzverfahren. Schickt den Finanzsenator, Dr. Nußbaum, dorthin, der soll das einmal ausprobieren. Vor einem Jahr hat sich das Parlament damit beschäftigt. Sie haben nicht einmal einen Versuch unternommen,

[Zuruf von Dr. Michael Arndt (SPD)]

nicht einen Versuch, Herr Dr. Arndt. Sie haben, weil es ein Vorschlag der Opposition gewesen ist, nichts getan.

[Zuruf von Dr. Michael Arndt (SPD)]

Das ist schlechte Politik. Sie suchen nicht nach den besten Lösungen.

[Beifall bei den Grünen]

Wir haben Ihnen vorgeschlagen: Versuchen Sie doch einmal die Kostenmiete zu steuern! Versuchen Sie das doch einmal, wenn solch ein Objekt verkauft wird, und von der Schuldenlast so viel wegfällt, weil Berlin das über Bürgschaften bezahlt, weil Berlin Aufwendungsdarlehen in den Wind schreibt. Dann sind die Kosten doch gar nicht mehr da. Dann haben wir plötzlich den Fall einer fiktiven Kostenmiete. Trotzdem haben im Fanny-Hensel-Kiez die Menschen Erhöhungen auf 13 Euro erhalten. Aber der neue Eigentümer hat vielleicht nur Kosten, die für 6 Euro gut sind. Dazu haben wir Ihnen gesagt, dass Sie das gesetzlich regeln müssen. Regeln Sie, dass Kostenmiete auch heißt, die tatsächlichen Kosten und nicht fiktive Kosten, die wir aus dem Landeshaushalt schon längst beglichen haben, anzusetzen!

[Beifall bei den Grünen]

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, Herr Dr. Arndt, dass Sie an die Belegrechte denken. Sie haben weitgehend die Eigentümer von den Belegungsrechten freigestellt. Wir haben Sie aufgefordert, das in Fällen rückgängig zu machen, wenn sie sich so benehmen und mit dieser Kostenthematik die Mieter drangsaliieren. In diesen Fällen sollten Sie das zurücknehmen und sagen, dass die Belegrechte wieder gelten und sie ihnen wieder Mieterinnen und Mieter mit einem Wohnberechtigungsschein schicken. Auch das ist ein Versuch. Sie haben überhaupt nicht ausprobiert, ob das funktioniert. Auch das haben Sie abgelehnt, weil es von der falschen Fraktion kam. Wohnungspolitik ist etwas, woran wir gemeinsam arbeiten müssen. Bei dem schlimmen Thema der sozialen Wohnungsbauförderung haben wir alle noch viel zu tun. Dieser Entwurf, dieses Sparpapier hilft uns dabei kein bisschen weiter. – Danke!